

Habitus ist Macht – politische Partizipation in Parteien

Anna-Katharina Meßmer und Yasmina Banaszczuk

Zusammenfassung

Der demografische und strukturelle Wandel der Gesellschaft macht auch vor Parteien nicht halt: Offener und diverser müssen ihre Strukturen werden, um den zunehmenden Mitgliederrückgang auszugleichen. Dieser Beitrag untersucht, inwieweit neue Formen der Partizipation und Maßnahmen zur Diversitätsförderung im Kontext sozialer Ungleichheiten wirken können. Dabei soll in der Analyse berücksichtigt werden, wie Parteistrukturen für bislang exkludierte Mitglieder geöffnet werden können. Als Beispiel dient dabei die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), welche sich selbst 2011 per Parteireform einen Wandel hin zur „modernsten Partei Europas“ verordnete. Analysiert wird u. a., welche Inklusions- und Exklusionsbedingungen sich möglicherweise fortschreiben und somit marginalisierte Gruppen weiterhin vom Eintritt und Aufstieg in der SPD abhalten. Als theoretischer Rahmen dienen dabei Geschlechter- und Ungleichheitstheorien.

Schlagwörter: Parteien, Inklusion, Ungleichheit, Geschlecht, Diversität

The power of habitus - participation in political parties

Abstract

The demographic and structural change in Germany does not stop at political parties: In order to stop their continuing decrease in members their structures must become more diverse and open. This paper examines how new forms of participation and diversity measures can work in the context of social inequalities. Furthermore, we will consider the challenge to crack system immanent structures open for previously excluded members. The Social Democratic Party of Germany (SPD) will be used as an example. With its party reform in 2011, SPD declared the goal to become the „most modern party in Europe“. This paper analyses remaining including and excluding circumstances that keep marginalised groups from joining and getting promoted in the SPD. The theoretical frameworks used are gender and social inequalities theories.

Keywords: political parties, inclusion, inequality, gender, diversity

1. Einführung

In den Diskussionen um politisches Interesse und Wahlverhalten wird oft darauf verwiesen, dass sich vor allem Angehörige höherer sozialer Schichten, Rentner_innen, Beamt_innen und Männer*¹ für Politik interessieren (Friedrich-Ebert-Stiftung 2008: 12). Als der Soziologe Thomas Schwinn 2007 über soziale Ungleichheit in differenzierten Ordnungen schrieb, setzte er dies in Verbindung mit Macht: „Schließlich sind alle Ordnungen machtbezogen, einmal indem sie von politisch-rechtlichen Regelungen abhängig sind und zum anderen über innerorganisatorische Machtverteilungen. Beide nehmen auf die Privilegienverteilung Einfluss. [...] Differenzierung und soziale Ungleichheit sind an den gleichen Kreislauf dieser machtbesetzten Ressourcen angeschlossen“ (Schwinn 2007: 55). Folglich wäre die Begrenzung politischen Interesses auf gut situierte und gebildete, vorrangig männliche Gruppierungen systeminhärent, da Ungleichheit und Differenzierung zugleich Voraussetzung und Folge der verteilten Machtressourcen sind. Mit dem Aufkommen der Piratenpartei hingegen wurde der politischen Basis, also allen politisch Interessierten ohne Mandat oder Amt, eine neue Form von Macht zugesprochen: Jede_r solle mitgestalten können (vgl. Mader 2012). Während die Piratenpartei seit etwa einem Jahr immer wieder in der Krise steckt (vgl. Prantl 2012), begannen auch andere Parteien neue Formen der Mitgliederbeteiligung auszuprobieren. Einige Monate vor der Bundestagswahl stellt sich jedoch die Frage, ob und wie Parteien überhaupt Bürger_innen einbinden und motivieren können.

In diesem Artikel werden die Autorinnen herausarbeiten, welche Mechanismen das politische Engagement und die politische Karriere einiger Weniger begünstigen, während andere systematisch davon ausgeschlossen werden. Der Übergang vom politischen Interesse und Eintritt in eine Partei hin zu politischer

¹ Der folgende Artikel beschäftigt sich in erster Linie mit Cisgendern, d. h. Menschen, bei denen – im Gegensatz zu Transgendern – Körpergeschlecht und Geschlechtsidentität zusammenfallen. Da sich auch die zitierten Studien auf Cisgender beziehen, werden die Autorinnen in der Bezugnahme ebenfalls von Männern* und Frauen* schreiben. Dabei wird die Schreibweise mit dem Gender* verwendet, um darauf aufmerksam zu machen, dass es sich dabei nicht um essentielle Kategorien handelt (s. auch Abschnitt 4.1.1 zum strategischen Essentialismus). Weiterhin wird auf das generische Maskulinum verzichtet und stattdessen der Gender_Gap verwendet.

Mitarbeit und schließlich zur Übernahme machtbesetzter Ämter oder Mandate ist dabei fließend zu verstehen. Er verläuft zwischen Inklusion und Partizipation: Ersteres erfolgt durch die Partei als Organisation, während Zweiteres aktiv oder passiv durch das Mitglied selbst vollzogen wird. Dabei ist Inklusion eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für politische Partizipation. Im folgenden Kapitel wird erläutert, warum und wie Parteien als Organisationen dafür einen Rahmen bilden. Im dritten Kapitel untersuchen die Autorinnen – in Anlehnung an Bourdieu –, inwiefern der Habitus als Schlüsselmechanismus zu begreifen ist, welcher die Akquise von Machtressourcen in Form politischen Kapitals maßgeblich beeinflusst. Das vierte Kapitel arbeitet am Beispiel der Parteiform der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) heraus, wie Gruppierungen, die bisher wenig(er) an politischen Prozessen beteiligt sind, inkludiert und beteiligt werden. Im ersten Unterkapitel liegt der Fokus dabei exemplarisch auf der Frauenförderung. Schwinn machte bereits deutlich, dass „durch die unterschiedliche Inklusion von Männern und Frauen [sich diese] in [...] geschlechtsspezifische Ungleichheit [überträgt]. Dieses Machtdefizit im gesellschaftlichen Kräftefeld ist auch bei Unterschichten und ethnischen Minderheiten feststellbar“ (Schwinn 2007: 98). Anschließend wird am Beispiel des SPD-Mitgliederbegehrens zur Vorratsdatenspeicherung herausgearbeitet, welche Bedeutung dieses neu eingeführte Instrument für Inklusion und Partizipation von politisch Interessierten hat.

2. Parteien, Inklusion und Partizipation

Parteien stellen eine besondere Organisationsform innerhalb der Gesellschaft dar. Zwar lassen sich arbeitsteilige Mechanismen feststellen, verschiedene Gremien und Instrumente, die sich an eine gemanagte Organisation anlehnen, es steht jedoch für den Großteil der nichtangestellten Parteimitglieder nicht so sehr eine betriebswirtschaftliche Effizienz der Organisation „Partei“ im Vordergrund als vielmehr die Erfüllung des auferlegten Selbstzwecks. So sind Parteien als Institutionen zu betrachten, welche sich nach Knill als normativ agierende Gruppen mit eigenen Wertvorstellungen verstehen lassen (Knill 2000: 125). Anhand dieser Werte und Normen koordiniert eine Partei ihre Arbeit, Aufgaben und Ziele. Die Art und Weise, mit der intern zusammen gearbeitet und geführt wird, lässt sich unter dem Begriff der „Parteikultur“ zusammenfassen. Der Paragraf §1 (2) des Parteiengesetzes (PartG)

beschreibt als eine Aufgabe von Parteien unter anderem die folgende: „Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie [...] zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranzubilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen“. Die Funktion von Parteien als politische Organisationen ist dementsprechend nicht nur die „Vorbereitung kollektiv bindender Entscheidungen“ (Luhmann 2000: 266), sondern ebenso, „Personen auf Führungspotentiale“ (ebd.: 269) zu testen und damit geeignetes Personal auszuwählen (vgl. auch Siri 2012: 147f.). Notwendig dafür ist die Mitgliedschaft, welche – anders als beispielsweise in Universitäten oder Behörden – nicht an Selektionen durch Zugangsbescheinigungen oder Kompetenzprofile gebunden ist. Die Entrichtung einer monatlichen, meist nach Einkommen gestaffelten Beitragszahlung ist für den Eintritt ausreichend. Verschiedene Parteien bieten – mit Verzicht auf das Stimmrecht bei innerparteilichen Wahlen und Abstimmungen – auch zeitlich beschränkte und kostenlose Gastmitgliedschaften an. Lenkt man den Blick von der Partei als Organisation auf das Mitglied, sind also auch andere Faktoren als die monatliche Beitragszahlung relevant.

Nach Peter Lösche stellen Parteien „soziale Gebilde dar, in die man eintritt, um eigene Talente zur Geltung zu bringen und den eigenen Ehrgeiz zu befriedigen, um Leute kennen zu lernen, Bekanntschaften und Freundschaften zu schließen. Kurz: Parteien sind auch gesellige Veranstaltungen, Schauplätze sozialer Interaktion“ (Lösche 2006a). Für den Beitritt ebenso wie für die aktive Partizipation ist neben den politischen Inhalten dementsprechend auch relevant, ob sich das (potenzielle) Mitglied mit der je spezifischen Politik- und Parteikultur identifizieren kann und gegebenenfalls mit den herrschenden Strukturen und Umgangsformen vertraut ist. So engagieren sich beispielsweise Beamt_innen – trotz ihrer theoretischen Verpflichtung zur Enthaltung – stärker in Parteien als andere Bürger_innen (Geißler 2008: 178). Auch arbeiten sie öfter an politischen Initiativen mit. Der Grund ist hier nicht nur in ihrer Nähe zum politischen System zu suchen, sondern auch in der habituellen Selbstverständlichkeit, mit der sie sich durch politische Institutionen bewegen (ebd.). Gerade der Bildungsgrad korreliert positiv mit der Wahrscheinlichkeit politischen Engagements (Swartz 2012: 170). Mit Bourdieu gesprochen, scheint kulturelles und soziales Kapital besonders nützlich bei der Inklusion in parteiliche

Institutionen und für die Partizipation an politischen Willensbildungsprozessen. Dies unterstreichen auch verschiedene Studien, die belegen, dass politische Partizipation je nach Herkunftsmilieu (Geißler 2008: 123ff, 313ff) und Geschlecht (Hoecker 2008) unterschiedlich stark ausgeprägt ist.

Die erlebte (oder antizipierte) Parteikultur beeinflusst somit nicht nur die Bevorzugung einer bestimmten Partei, sondern schon im Vorfeld überhaupt die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein_e Bürger_in politisch engagiert. In einer Gesellschaft, die sich demografisch im Umbruch befindet und zunehmend diversifiziert (vgl. Statistisches Bundesamt 2012), bleibt ein relativer Anteil habituell involvierter Parteimitglieder an der Gesamtzahl der Mitglieder zwar stabil, kann aber den absoluten Rückgang an Parteimitgliedschaften langfristig nicht ausgleichen. Damit einher geht die sinkende Wahlbeteiligung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene (vgl. Cantow/Zicht 2012), was schließlich in den vergangenen Jahren den Abgang auf die Volksparteien im Besonderen (vgl. Seils 2011), die politischen Parteien im Allgemeinen, ja die Demokratie überhaupt (vgl. Bruns 2010) zur Folge hatte. „[D]as Konzept der Mitgliederpartei gilt schon seit längerem als krisenbehaftet, sowohl in der Organisationswirklichkeit wie auch in der politikwissenschaftlichen Forschung dominiert seit einigen Jahren die Perspektive auf die verschiedenen Mangerscheinungen: Mitgliederschwund, Überalterung, schwindende Beteiligungsmöglichkeiten, mangelnde Problemlösungskompetenz, Verfall gesellschaftlicher Anerkennung“ (Bieber 2012: 11). Nicht zuletzt deswegen versuchen Parteien seit einigen Jahren, ihre Strukturen zu öffnen und die gesellschaftliche Vielfalt unterschiedlicher Alters-, Bildungs-, Herkunfts- und Sozialschichten abzubilden. Zu guter Letzt zwangen die Wahlerfolge der Piratenpartei in vier Bundesländern die etablierten Parteien zum Überdenken ihrer Beteiligungsformen. Neue Beteiligungsinstrumente wie Liquid Feedback und der Grundwert der gelebten Basisdemokratie wirkten im direkten Vergleich zu Delegiertensystemen und Parteivorständen der anderen Parteien lebhafter und inklusiver. „Arrangement und Stil der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung, bis hin zur Vermittlung gegenüber den Medien und den Import in das politische Institutionensystem“ (ebd.: 13), sorgten nicht nur für einen raschen Mitgliederzuwachs, sondern weckten in Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und im Saarland offenbar auch das Interesse von jungen

Wähler_innen und Nicht-wähler_innen (vgl. Tageschau 2012).

Doch auch in anderen Parteien wurden in den letzten Jahren verstärkt Instrumente genutzt, um Mitglieder einzubinden. Die Freie Demokratische Partei (FDP) durchlebte 2011 einen Mitgliederentscheid zu Euro-Rettungsmaßnahmen (FDP 2011; taz vom 5.10.2011) und Die Grünen wählten 2012 ihr Führungsduo für die Bundestagswahl 2013 per Urwahl (Bündnis 90/Die Grünen 2012; FAZ vom 10.11.2012). Die weitreichendsten Änderungen brachte jedoch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) mit der 2011 beschlossenen Parteireform auf den Weg. Einige strukturelle Veränderungen sollten auch Personen, die aus in der Politik unterrepräsentierten Umgebungen kommen, den Einstieg erleichtern. Zu den neu eingeführten und weiterentwickelten Werkzeugen gehören dabei: Mitgliederbegehren und -befragungen, volle Mitgliedsrechte für Nichtmitglieder in Arbeitsgemeinschaften und Themenforen, Einführung von Vertrauensleuten und eine größere Anzahl von Delegierten für den Bundesparteitag (SPD 2011b).

Fraglich bleibt dabei jedoch, inwiefern das Spannungsverhältnis zwischen Parteikultur und den damit verbundenen sozialen Netzwerkstrukturen auf der einen Seite und ungeprägten, Habitusfremden Neumitgliedern auf der anderen Seite aufgelöst werden kann. Dieser Frage wollen wir im Folgenden nachgehen.

3. Politisches Kapital und Habitus

In der Ungleichheitsforschung gibt es verschiedene Konzepte, welche von den Klassenmodellen Marx' bis hin zu den sozialen Lagen Hradils reichen. Bei den Ursprüngen von Ungleichheiten geht Bourdieu davon aus, dass je nach Schichtzugehörigkeit und Position im sozialen Feld mehr oder weniger Kapitalressourcen aus ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital zur Verfügung stehen und mit der Sozialisierung ein je spezifischer Habitus verinnerlicht wird: „Die Konditionierungen, die mit einer bestimmten Klasse von Existenzbedingungen verknüpft sind, erzeugen die Habitusformen als Systeme dauerhafter und übertragbarer Dispositionen, als strukturierte Strukturen, die wie geschaffen sind, als strukturierende Strukturen zu fungieren, d. h. als Erzeugungs- und Ordnungsgrundlagen für Praktiken und Vorstellungen, die objektiv an ihr Ziel angepasst sein können, ohne jedoch bewusstes Anstreben von Zwecken und ausdrückliche

Beherrschung der zu deren Erreichung erforderlichen Operationen voraussetzen, die objektiv ‚geregelt‘ und ‚regelmäßig‘ sind, ohne irgendwie das Ergebnis der Einhaltung von Regeln zu sein, und genau deswegen kollektiv aufeinander abgestimmt sind, ohne aus dem ordnenden Handeln eines Dirigenten hervorgegangen zu sein“ (Bourdieu 1998: 98f.).

Nach Bourdieu kann sich der Habitus durch soziale Auf- oder Abstiege nur geringfügig verändern (Bourdieu 1982): „Demnach ist die soziale Position eines Individuums im sozialen Feld, die sich auf Grund der Menge und der qualitativen Zusammensetzung von Kapital ergibt, die prägende Instanz individueller Wahrnehmungs- und Handlungsmuster, d.h. subjektiver Handlungsorientierungen. Somit vermittelt der Habitus zwischen der verobjektivierten sozialen Struktur (als soziale Ungleichheit) und Subjekthaftigkeit“ (Villa 2006: 39f.). Schwinn betont vor allem die Anderswertigkeit im Gegensatz zur Andersartigkeit bei der Definition von Ungleichheiten: „Aus den kulturellen Differenzsetzungen werden jene relevant und skandalisierbar, die das moderne achievement- oder Leistungsprinzip durch askriptive Kriterien unterlaufen oder durchbrechen. Das ist für Geschlecht und Ethnie selbstevident, es gilt aber auch für Klasse“ (Schwinn 2007: 94). Für die Institution Partei sind vor allem institutionalisierte Ungleichheiten durch Geschlecht und (soziale) Herkunft relevant. Diese können entweder aufgrund (vermeintlich) eindeutig zuordenbarer Merkmale wie Namen oder Körper(-formen) dauerhaft präsent sein, oder aufgrund (äußerlich) weniger sichtbarer Dimensionen wie dem erlernten Habitus und den verschiedenen Kapitalausstattungen, die als Ressourcen „ungleichheitskonstituierende Handlungsbestandteile“ (Villa 2006: 40) darstellen, wiederholt Einfluss nehmen.

Die sozialen Positionen der politisch Engagierten können erst durch einen Vergleich aller Einzelnen und ihrer Beziehungen zueinander bestimmt werden (vgl. Bourdieu 1982). Parteien sind ein Teil bzw. eine Einheit des politischen Feldes. „Feld“ als analytisches Konstrukt bezeichnet strukturierte Räume, in denen Akteur_innen um verschiedene Kapitalformen kämpfen. Es ist relativ autonom, da es eigene Verhaltensregeln, denen alle Akteur_innen folgen, sowie eigene Entwicklungsmechanismen innehat. Für die Positionierung im politischen Feld im Allgemeinen und innerhalb einer Partei im Besonderen spielen verschiedene Kapitalarten eine Rolle. Dem ökonomischen Kapital wird dabei kein vorrangiger bzw. unmittelba-

rer Einfluss auf Inklusion und Position eines Mitglieds in der Partei zugeschrieben, da eine Partei nur einen relativ am Einkommen orientierten ökonomischen Beitrag von ihren Mitgliedern einfordert. Häufig jedoch ist ökonomisches Kapital, vermittelt über andere Faktoren wie Zeit oder in seiner Verwobenheit mit sozialem und kulturellem Kapital, durchaus relevant (vgl. Bourdieu 1983: 185). Zudem sind für Parteimitglieder sowie deren Ein- und Aufstieg innerhalb der Partei noch weitere Faktoren erfolgsentscheidend. Dazu zählen Bildung, Kompetenzen und Expertise, generell all jenes institutionell durch Bildungsabschlüsse und Berufserfahrung erworbene kulturelle Kapital, welches dem Individuum hilft, thematisch in der Partei mitzuarbeiten. Bestimmte Verhaltensweisen und Umgangsformen, die durch die Familie inkorporiert werden, spielen als kulturelles Kapital besonders beim Wettbewerb um Führungs- und Elitepositionen eine Rolle (vgl. Hartmann 2002). Zugleich kann kulturelles Kapital in soziales Kapital transformiert werden, dem im politischen Feld eine besondere Bedeutung zukommt. Das soziale Kapital besteht aus den persönlichen Kontakten und Netzwerken eines Individuums sowie der Fähigkeit, selbiges zu bilden. Nach Matiaske kann soziales Kapital je Folge und Voraussetzung von Austauschhandlungen in Netzwerken sein (Matiaske 1999: 206f). Eine weitere Unterscheidung findet sich bei Täube: Dort wird soziales Kapital nach Art der Nutzung in leverage capital und support capital unterteilt. Während leverage capital auf extrinsische Anreize hin ausgetauscht wird, mit dem Ziel der persönlichen Wohlfahrtsmaximierung, wird support capital in habituell gleichen Netzwerken gebildet, um – intrinsisch motiviert – soziale Anerkennung zu erzielen (Täube 2002: 73).

Bourdieu macht nun das „politische Kapital“ als eine Form von sozialem Kapital aus, welches sich dabei aus einem Netz von Beziehungen im Kontext des politischen Feldes bildet. Um politisches Kapital zu bilden und zu erhalten, muss das Individuum Energie in politische Arbeit stecken. Politisches Kapital ist labil, das heißt es muss dauerhaft durch das Netz der persönlichen Beziehungen und durch politische Arbeit abgesichert werden. Nach Swartz ist „politisches Kapital die Fähigkeit, soziales Kapital zu mobilisieren, wobei über die Grenzen des politischen Feldes hinaus gegriffen werden muss, da nur dort eine wirklich breite Unterstützung gewonnen werden kann“ (Swartz 2012: 168). Bourdieu unterscheidet an dieser Stelle zwischen persönlichem politischem Kapital als „Bekanntheits-

und Popularitätskapital“ (Swartz 2012: 165) sowie delegiertem politischem Kapital, welches durch die Organisation verliehen wird – Swartz spricht hier von Autorität (ebd.).

Für die Inklusion eines Neumitglieds in einer Partei scheint hauptsächlich das dem persönlichen politischen Kapital nahestehende support capital eine Rolle zu spielen: Charisma und ein ähnlicher Bildungsstand fördern Sympathien und soziale Anerkennung. Die Position und somit der Status und Einfluss eines Mitglieds wird hingegen sowohl über persönliches als auch delegiertes politisches leverage capital gesteuert. Um erfolgreich innerhalb einer Partei zu sein, muss das Individuum soziales Kapital mobilisieren können. Eine von der Partei verliehene Autorität in Form von Mandaten legitimiert und fördert hier das politische Kapital zugleich. Es zeigt sich, dass die Wechselwirkungen von Herkunft, sozialen Netzwerken und Geschlecht oder Alter unterschiedlich sind, je nachdem mit welcher Zielsetzung – Inklusion oder Positionierung durch Partizipation – Mitgliedergruppen einer Partei betrachtet werden: Die erfolgreiche Inklusion eines der Partei habituell fremden Mitglieds aufgrund von persönlichem politischem Kapital bedeutet nicht zwangsläufig, dass dieses Mitglied erfolgreich Hebel in Bewegung setzen kann, um sich innerhalb der Partei gut zu positionieren.

Bildung und Erhalt des politischen Kapitals können bei zentral oder dezentral stattfindender Parteiarbeit erfolgen. In den verschiedenen Parteien gibt es beide Formen der Partizipation. Als zentrale Anlaufstelle gibt es in vielen Städten und Gemeinden Stammtische, Ortsvereine oder gar Parteihäuser, zu denen Neumitglieder persönlich erscheinen können. In manchen Parteien gibt es darüber hinaus vereinzelte Initiativen, Neumitgliedern für die erste Zeit eine_n Ansprechpartner_in zur Seite zu stellen. Bei den dezentralen Beteiligungsmöglichkeiten spielen auch innerhalb der ‚Altparteien‘ zunehmend Online-Angebote eine zentrale Rolle. Jenseits der Möglichkeiten zur Information und zum Parteieintritt auf den jeweiligen Homepages werden mittlerweile auch die partizipativen Beteiligungsformen des Internets genutzt. In Abstufungen des Partizipationsgrades umfassen sie das bloße Nachvollziehen von Anträgen durch Downloadmöglichkeiten bis hin zur kompletten Antragserstellung online. Die dezentralen Arbeitsweisen sind in den einzelnen Untergliederungen der Parteien nicht durchgängig geregelt und werden unterschiedlich stark propagiert (vgl. Lösche 2006b).

Welche Form des Zugangs gewählt wird und welche Kapitalsorten wie angewendet werden, hängt maßgeblich mit dem Habitus zusammen. So weisen Studien darauf hin, dass sich beispielsweise die „zwischen den Geschlechtern instituierten sozialen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse [...] in zwei verschiedenen Klassen von Habitus“ (Bourdieu 2002: 56f.) einprägen und unterschiedliche Formen des Netzwerks zeitigen (Innreiter-Moser/Schnugg 2012: 170). Auch wenn die Ergebnisse, dass die soziale Komponente in Form von Gesprächen und Interessensausaustausch vor allem für Frauen* wichtig ist, während Männer* vorrangig zweckorientierte Kontakte bilden (Innreiter-Moser/Schnugg 2012: 169f.), reichlich stereotyp und essentialisierend erscheinen, müssen sie dennoch berücksichtigt werden. Schließlich können diese Ergebnisse auch als Hinweis darauf gelesen werden, wie wirkmächtig der Habitus auch als vergeschlechtlichtes System von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungskategorien ist und dass Frauen* und weiblich sozialisierte Menschen sich möglicherweise gerade mit den Formen der Kapitalbildung schwerer tun, die für politisches Kapital und damit für die Positionierung im politischen Feld relevant sind. Bleibt dieser Umstand unberücksichtigt, werden habituell bedingte Ausschlussmechanismen weiter gefördert.² Denn wenn man – wie beispielsweise die ehemalige stellvertretende Vorsitzende der International Union of Socialist Youth, Cordula Drautz – davon ausgeht, „dass eine so große Organisation wie die SPD ohne Seilschaften gar nicht funktionieren könne“ (Lohaus 2012), so schreiben sich die Regeln der Männerpartei bereits allein durch die habituellen Unterschiede der Geschlechter weiter fort. Das liegt nicht etwa an vermeintlich natürlichen oder biologischen Eigenschaften, sondern an „Habitusformen, die verschieden entstanden sind“ (Bourdieu 1998: 116f.) und vermittelt derer den Geschlechtern unterschiedliche (ja konträre) Positionen innerhalb der Gesellschaft zugewiesen sind (vgl. Bourdieu 2002).

Geschlecht wiederum ist häufig mit anderen Kategorien sozialer Strukturierung verknüpft. Bei Parteimitgliedern unterschiedlicher sozialer Herkunft spielt vor allem der aus dem Elternhaus übernommene und erlernte Habitus eine wichtige Rolle. Auch diese habituellen Unterschiede sind nicht immer sofort sichtbar, vielmehr äußern sie sich unter anderem in feinen

Nuancen und Tendenzen des kulturellen Kapitals. Die Institution Partei liefert hier einen aus Wertvorstellungen und Zielen bestehenden Rahmen für Inklusion, in dem das Wissen um Debatten im Feuilleton oder kulturelle Diskurse vermeintlich hinten ansteht. Jedoch beeinflusst der Habitus die Positionierung innerhalb der Partei erheblich. Zum einen über die intuitive Reproduktion von Netzwerken und Möglichkeiten zur Mitarbeit, welche abhängig vom Herkunftsmilieu leichter oder schwieriger erfolgt, und zum anderen bei der Besetzung von parteilichen Spitzenpositionen. Letztere geschieht kaum ohne Unterstützung und Werbung von Parteikolleg_innen, die sich bereits in Spitzenpositionen befinden. Eliten unterstützen jedoch häufig Personen, die ihnen habituell ähneln (vgl. Hartmann 2002; Meuser 2006). Es bildet sich durch diese „homosoziale Kooptation“ (Meuser 2006) statusgleicher Führungskräfte eine gläserne Decke für Personen, die in Habitus und Profil als ‚abweichend‘ empfunden werden. Das gilt sowohl für Geschlecht, sexuelle Orientierung, körperliche Befähigung, Hautfarbe und ethnische Herkunft als auch für das soziale Milieu. Swartz schreibt in diesem Zusammenhang, dass „Individuen, denen es an kulturellem Kapital mangelt, [...] in weitaus stärkerem Maße auf Bevollmächtigte angewiesen [sind], um sich politisch Gehör zu verschaffen“ (Swartz 2012: 180). Tatsächlich finden sich im Bundestag hauptsächlich Beamt_innen, Jurist_innen und Selbstständige in Gewerbe und Industrie (Deutscher Bundestag 2011). Aber auch in der Parteibasis wird dem Herkunftsmilieu durch die Parteistruktur eine Filterfunktion zugewiesen: Da die Verteilung von politischem Kapital davon abhängt, wer Zeit hat, selbiges zu bilden, korreliert sie mit der Verteilung von Freizeit und kulturellem Kapital (Swartz 2012: 166). Wer es gewohnt ist, abends nach erfolgter Arbeit noch mit (Partei-)Kolleg_innen zusammenzukommen, wird schneller einen Einstieg in die Partei finden. Auch spielt die verfügbare Zeit für das Ehrenamt eine signifikante Rolle: Eltern, insbesondere Mütter, können weniger Anteile ihrer Freizeit für Parteiarbeit aufbringen als kinderlose Mitglieder, es sei denn, die Koordination von Beruf und Familie wurde im Herkunftsmilieu bereits frühzeitig erlernt und/oder das ökonomische Kapital erlaubt eine umfassende Betreuung der Kinder (vgl. Kletzing 2009). Auch hier spielt die Gewöhnung an außerberufliche Veranstaltungen nach Feierabend eine Rolle, von geschlechtsspezifischer Rollenverteilung ganz zu schweigen (vgl. Innreiter-Moser/Schnugg 2012: 175).

2 Hier wird deutlich: Auch sozialkonstruktivistische, wissenschaftliche Betrachtungen kommen nicht umhin, bisweilen zwischen De- und Re-Konstruktion zu changieren.

4. „Die modernste Partei Europas“ – Politische Partizipation in Parteien am Beispiel der SPD

In Anbetracht der Selektionsmechanismen und Netzwerkstrukturen, die in Parteien vorherrschen, werden Beteiligungsmechanismen, welche strukturell benachteiligte Mitglieder fördern, umso wichtiger. Exemplarisch soll hier die SPD einer Ist-Analyse dienen: Zum einen beschloss die SPD vor eineinhalb Jahren eine Parteireform mit dem selbst gesteckten Ziel „modernste Partei Europas“ (SPD 2011b) zu werden, zum anderen liefert das diesen Sommer durchgeführte Mitgliederbegehren ein gutes Praxisbeispiel für gelebte Basisdemokratie, vorbei an hierarchischen Netzwerkstrukturen. Innerhalb der SPD gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich in der Partei thematisch und organisatorisch einzubringen. Folglich werden hier die wichtigsten Instrumente für Mitglieder vorgestellt, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Zuerst ist die Mitarbeit in Ortsverbänden und Kreisverbänden zu nennen. Sie erfolgt durch Präsenz und Absprachen zwischen den Mitgliedern, welche sich arbeitsteilig Aufgaben zuweisen, die nicht innerhalb einer Sitzung erledigt werden können. Darüber hinaus können auch Nichtmitglieder teils öffentliche Veranstaltungen besuchen. Diese reichen von reinen Informationsveranstaltungen über Debatten, Konferenzen, Parteitage bis hin zum 2012 eingeführten Bürgerdialog. Das thematische Spektrum der SPD wird von der Basis bis zum Parteivorstand auf verschiedenen Ebenen erarbeitet. Für eine kontinuierliche inhaltliche Weiterentwicklung stellt die SPD Arbeitsgruppen und Themenforen zur Verfügung. Anträge können von Ortsvereinen bei entsprechender Annahme durch die abstimmenden Delegierten bis zum Bundesparteitag eingebracht und entsprechend beschlossen werden. Im Vorfeld wird intern um Zustimmung für eigene Anträge geworben und das politische Kapital utillisiert. Da gerade auf großen Parteitagen aufgrund der hohen Anzahl der Anträge eine tiefer gehende Meinungsbildung in allen Themenbereichen kaum möglich ist, gibt die Antragskommission Vorschläge zur Annahme, Ablehnung oder zu geänderten Anträgen heraus. Einzelne Expert_innen übernehmen die inhaltliche Bewertung. Eine gute Vernetzung bzw. ein guter Kontakt kann dann wahlentscheidend sein, um das eigene Thema voranzubringen; Personen mit guter sozialer Netzwerkausstattung profitieren (vgl. Banaszczuk/Morhardt 2012).

Auffällig ist weiterhin, dass Mitglieder ohne Delegationszugehörigkeit und ohne genügend Zeit und Engagement wenig Einfluss nehmen können. Delegierte wiederum werden gewählt und können von Gliederungsvorsitzenden unterstützt oder sogar empfohlen werden. Auch hier zeigt sich der Selektionsmechanismus durch politisches Kapital. Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Angestellten der Partei. Die SPD unterhält gegenwärtig allein im Parteivorstand über 200 Beschäftigte (vgl. Willy-Brandt-Haus 2012), dazu kommen die Mitarbeiter_innen in den Wahlkreisen und den Landesverbänden sowie all jene, die in den verschiedenen Fraktionen angestellt sind. Durch die finanzielle Entlohnung für ihren innerparteilichen Einsatz können sie wesentlich mehr Zeit für Parteiarbeit aufbringen. Sie prägen somit die Partei. Bei der Besetzung der Stellen kommt wiederum der bereits beschriebene Mechanismus zum Tragen: Da nicht alle Gliederungen der SPD ihre Stellen offen und/oder leicht auffindbar ausschreiben,³ bildet sich der Bewerber_innenpool aus Personen, die schon Kontakt zu Entscheidungsträger_innen innerhalb der Partei haben und so von den offenen Stellen wissen. Eine netzwerkneutrale Besetzung findet folglich weder flächendeckend noch in allen Gliederungsebenen der Partei statt. An dieser Stelle zeigt sich, dass sich die SPD konsequent selbst-referenziell aus ihren eigenen Reihen speist.⁴ Nach Bourdieu „beruht das politische Feld auf einer Trennung von Eingeweihten und Nicht-Eingeweihten“ (Bourdieu 2001: 42). Die unsichtbare Grenze von den Laien zu den Professionellen zu überschreiten (ebd.) und sich das spezifische Wissen des politischen Feldes im Allgemeinen und der jeweiligen Parteien im Besonderen anzueignen (und gegebenenfalls nutzbar zu machen), ist dementsprechend elementar für parteipolitisches Engagement und hat zugleich auch Auswirkungen auf Aufstiegsmöglichkeiten und Berufschancen. Inklusion ist also nicht nur eine notwendige Voraussetzung für politische Partizipation durch ehrenamtliches Engagement und/oder Übernahme eines politischen Mandats. Vielmehr ist

3 Während einige Landesorganisationen auf ihren Webseiten Rubriken mit Stellenangeboten zeigen, findet sich ein solcher Unterpunkt bei der Seite des Parteivorstandes www.spd.de nicht.

4 Die jüngste Besetzung des Wahlkampfteams um Peer Steinbrück ist ein gutes Beispiel dafür, welche Bedeutung Seilschaften und Homosozialität bei der Rekrutierung von Spitzenpersonal haben (Dausend 2013).

sie auch Voraussetzung für berufliche Aufstiegschancen „hinter den Kulissen“.

Um der Geschlossenheit und Homosozialität in den eigenen Reihen entgegenzuwirken, hat die SPD auf dem in Berlin stattfindenden Parteitag vom 4. bis 6. Dezember 2011 ihre Parteireform beschlossen. Laut eigenen Angaben soll diese Reform engagierte Nicht-Mitglieder einbinden und den eigenen Mitgliedern zugleich „so viel Mitsprache wie noch nie zuvor“ (SPD 2011b) ermöglichen. Die Änderungen beinhalten u. a. leichte Vereinfachungen der Instrumente Mitgliederbegehren und -entscheide, Anreize zur Einbringung von Nichtmitgliedern, die Etablierung von Themenforen sowie wesentliche Änderungen zur Beschlussfassung in der Partei. Letzteres manifestiert sich in einem kleineren Parteivorstand, einem 25 Prozent mehr Delegierte umfassenden Bundesparteitag und in der Einführung des Parteikonvents, welcher Beschlussfassungen auch außerhalb von Parteitag ermöglicht (ebd.). Ergänzt werden diese neuen Instrumente durch bereits bestehende und vereinzelt auch eingesetzte Formen der Mitgliederbeteiligung. Ziel aller Bestrebungen und nicht zuletzt auch der Parteireform war dabei, politisch interessierte und engagierte Menschen unabhängig von Zeitbudget oder Netzwerkzugehörigkeit besser einzubinden und für die Parteiarbeit zu gewinnen.⁵

Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei dem Themenkomplex „Diversity“ zu: In der Parteireform spricht sich die SPD für Vielfalt (als Synonym für Integration), eine bessere Beteiligung von „Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund“, barrierefreie Zugänge für Menschen mit Behinderung, die gezielte Ansprache von jungen Arbeitnehmerfamilien und eine bessere Frauenförderung aus (SPD 2011c).

Die Förderung von (jungen) Frauen* ist dabei deutlich detaillierter und vor allem konkreter ausformuliert als die Förderung anderer Personen, die innerhalb der Parteistrukturen bisher benachteiligt wurden. Im Folgenden wird daher der Fokus auf der Frauenförderung liegen, da sich hier am besten nach-

vollziehen lässt, welche Instrumente funktionieren und welche Mechanismen warum weiterhin ausschließend wirken.

4.1 „Die Regeln einer Männerpartei“ – Diversitätsförderung in der SPD-Parteireform am Beispiel der Frauenförderung

Im Zuge der Parteireform wurden Instrumente wie die Geschlechterquote hinsichtlich ihres Erfolges kritisch geprüft: „Nach vielen Jahren guter Erfahrungen mit der Quote merken wir aber auch, dass dies noch nicht reicht“ (ebd.). Neben dem Reißverschlussverfahren und weiteren Förderungsmaßnahmen findet sich hier auch ein Hinweis, der dem Bourdieuschen Habitus-Konzept entgegenkommt: „Wir müssen aber auch die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Frauen bei uns engagieren wollen“ (ebd.). Als Lösung des Problems gelten „eine offene Diskussionskultur, spannende Teilnehmungsformen, weniger Zeitverschwendung sowie eine bessere Vereinbarung der politischen Arbeit mit Familie und Beruf“ (ebd.).

Damit sind verschiedene Dimensionen angesprochen, die es Frauen* erschweren, sich im politischen Feld zu positionieren. Zusammengefasst wird es schließlich mit dem folgenden Satz: „Eine Partei mit den Regeln einer Männerpartei kann keine Volkspartei sein“ (ebd.). Eine ganz ähnliche Formulierung findet sich bereits im Grundsatzprogramm der SPD: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“ (SPD 2007: 41). Interessant sind hier zunächst der pejorative Männlichkeitsbegriff des Grundsatzprogramms (der mit der historischen Gleichsetzung des Mannes* mit dem Allgemein-Menschlichen semantisch bricht) sowie die Selbstreflexion der Partei als Männerpartei, die Frauen* ausschließt. Zudem wird an dieser Stelle evident, dass „Frauen und Geschlecht im Feld des Politischen mitnichten dasselbe sind“ (Villa/Siri 2012: 146). Doch im nächsten Schritt werden – und dies ist keineswegs ein Parteienproblem – Frauen* als Genusgruppe und Geschlecht als soziale Differenz (ebd.) sowie Frauenförderung, Frauenpolitik und Familienpolitik in eins gesetzt, vermischt und so zu einem verworrenen Konglomerat von „Gedöns“.⁶ Im Falle der SPD zeigt sich dies am Beispiel der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF). Die

⁵ Ansätze wie virtuelle Ortsvereine gehen in die späten 1990er-Jahre zurück, konnten jedoch bisher nicht in der Partei etabliert werden (vgl. Gall 2012; Strobel 2011). Chats mit Mitgliedern des Parteivorstands und der Bundestagsfraktion haben einen kommunikativen Charakter, dienen aufgrund der unidirektional auftretenden Kommunikationsfunktion ohne Rückmeldung an die Fragesteller_innen jedoch nicht der strukturellen Veränderung von Netzwerkbeziehungen.

⁶ So sprach Gerhard Schröder im Oktober 1998 anlässlich der Verteidigung des Bundeskabinetts von „Frauenpolitik und so Gedöns“.

ASF, der automatisch alle weiblichen Mitglieder der SPD angehören, beschreibt sich folgendermaßen: „Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich die Gleichstellung von Frauen und Männern in Partei und Gesellschaft zum Ziel. [...] Die ASF ist damit der Ort, an dem frauenpolitische Zielvorstellungen, Positionen und Programme der SPD vorgedacht und vorformuliert werden“ (ASF 2012). Der ASF kommt innerparteilich insofern eine dreifache Aufgabe zu: Erstens ist sie eine Art ‚Lobbyverband‘ für die weiblichen Mitglieder der Partei, zweitens – und eng damit verwoben – ist sie zuständig für die innerparteiliche Gleichstellung und drittens kümmert sie sich um die Ausarbeitung frauenpolitischer Themen. Ähnliche Arbeitsgruppen finden sich auch in den anderen Parteien: Frauen Union (CDU und CSU), AG Lisa (Die Linke), BAG Frauenpolitik (Bündnis 90/Die Grünen), Liberale Frauen (FDP), Kegelklub (Piraten). Stets arbeiten diese Arbeitsgruppen nicht nur inhaltlich, sondern sind zugleich auch eine Art ‚Wachhund‘ der innerparteilichen Gleichstellung. Für die Organisation Partei ist dies schlicht funktionale Arbeitsteilung, doch für die Gleichstellung werden die Arbeitsgruppen zum Problem. Was viele Jahre notwendig war, nämlich Frauen* als Frauen* zu unterstützen und sichtbar zu machen sowie zugleich jene Themen voranzutreiben, die Frauen* diskriminierten und/oder in einer von Männern* dominierten Politik als nicht relevant erachtet wurden, um so eine inhaltliche und organisatorische Lobby zu schaffen, führt heute zu Gläsernen Decken und Gummiwänden (Ortgies 2010). Das Problem ist dabei der folgende Dreischritt.

4.1.1 Der strategische Essentialismus

In der politischen Arbeit der ASF werden Frauen* als Genusgruppe einheitlich adressiert. Mit Gayatri Spivak (1996) lässt sich dies als „strategischer Essentialismus“ lesen. Das bedeutet, dass die Identitätskategorie ‚Frau‘ mit allen geschlechtsspezifischen Stereotypen zwar als konstruierte Kategorie verstanden wird, zugleich aber zur Durchsetzung politischer Ziele reflektiert auf jene vereinheitlichenden Kategorien (und die damit verbundenen Wesenszüge) zurückgegriffen wird. Auch wenn Frauen* nicht als homogene Masse zu verstehen sind, so ist eine vereinheitlichende Verwendung politisch notwendig, um darauf aufmerksam zu machen, wo Frauen* aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert und benachteiligt werden. Zum Beispiel dann, wenn Frauen* in Führungsposi-

tionen deutlich unterrepräsentiert sind oder Frauen* immer noch signifikant weniger verdienen als Männer* (für beides vgl. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2012). Zudem ist ein strategischer Essentialismus notwendig, um den Blick darauf zu lenken, wie, wo und warum Geschlechterstereotype und geschlechtsspezifische Sozialisation nach wie vor Einfluss auf die Benachteiligung von Frauen* haben. Dies ist etwa der Fall, wenn Frauen* nicht in der Form netzwerken, wie es männlich geprägte Parteistrukturen voraussetzen (s. oben), wenn männlich geprägte politische Inhalte die Lebensrealität von Frauen* übersehen (Hoecker 2008: 15), wenn Frauen* von den Organisationsstrukturen, Versammlungs- und Kommunikationsstilen einer Partei abgeschreckt sind (ebd.) und wenn die „mangelhafte Einbindung in informelle Entscheidungs- und Machtstrukturen und subtile Diskriminierung, die man unter Umständen beim Abstimmungs- und Nominierungsverhalten der Männer beobachten kann, als Karrierebremsen für Frauen gelten“ (Kürschner 2009: 18). Besonders schwer haben es zudem Mütter, die nicht nur mit dem Spagat zwischen „Rabenmutter“ und „politischer Verantwortung“ zu kämpfen haben (vgl. Nahles 2010), sondern aufgrund der nach wie vor wirkmächtigen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung den Großteil der Reproduktionsarbeit übernehmen und damit an der Anwesenheitskultur politischer Parteien häufig allein aus Zeitgründen scheitern (Kürschner 2009: 17).

4.1.2 Die Re-Essentialisierung

Der Hinweis auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und politischer Arbeit in der Parteireform der SPD ist unter den Gesichtspunkten eines strategischen Essentialismus zunächst also hilfreich und notwendig. Gleichzeitig wird gerade in jenem Reformpapier die Vereinheitlichung aller Menschen, die nicht dem weißen, deutschen, mittelalten, heterosexuellen Mann ohne Behinderung aus der Mittel- oder Oberschicht entsprechen, fortgeschrieben. Dort also, wo die notwendige Reflektion des strategischen Essentialismus aus dem Blick gerät, werden Kategorien essentialisiert und die Anwesenheit von Frauen* in der SPD nicht mehr einfach nur aus Gründen der Geschlechtergerechtigkeit gefordert, sondern weil sie einen „positiven Unterschied“ machen, den Unterschied zur Norm. Frauen* werden dabei – und dies ist der zweite Schritt auf dem Weg zur Gläsernen Decke – nach wie vor stärker über ihr Geschlecht definiert als Männer*.

Rousseau formulierte dies einst folgendermaßen: „Der Mann ist nur in gewissen Augenblicken Mann, die Frau ist ihr ganzes Leben lang Frau [...]; alles erinnert sie unablässig an ihr Geschlecht“ (Rousseau 2002: 171). Das heißt „subkutan, implizit und in überaus subtiler Weise wirken Vorstellungen von der Eigentlichkeit des Weiblichen fort. Dies führt insbesondere in Deutschland etwa zur Vereigentlichung von Frauen als Mütter“ (Villa/Siri 2012: 149). Daraus folgt schließlich das rhetorische und organisatorische Otherring (vgl. Spivak 1985) von Frauen*.

4.1.3 „Das Andere“

Das rhetorische Otherring von Frauen* sowie die Diskrepanz zwischen struktureller Parteireform und habitueller Kontinuität der Mitglieder lässt sich derzeit vor allem in den Debatten um die Kanzlerkandidatur von Peer Steinbrück exemplarisch nachvollziehen. Den Ergebnissen einer Umfrage zufolge liegt Steinbrück bei den Beliebtheitswerten vor allem bei jüngeren Frauen* weit hinter der Bundeskanzlerin Angela Merkel zurück (Medick 2012a). Steinbrück selbst deutet das Phänomen folgendermaßen: „Es mag sein, dass ich auf Frauen im Alter von 18 bis Anfang 40 zu kopfgesteuert, zu wenig emotional wirke. [...] Ich werde jetzt nicht zum Kuschel-Peer“ (Steinbrück 2012). Was hier deutlich wird, ist die Reaktivierung eines alten Stereotyps, das Männer* mit Rationalität und Frauen* mit Emotionalität gleichsetzt. Gerade jene wirkmächtigen Stereotypisierungen schließen in Verbindung mit der impliziten Normsetzung Frauen* aus dem politischen Feld aus. Problematisch wird dies insbesondere deswegen, weil sich Frauen* in einer ambivalenten Situation befinden, dem Nebeneinander „von frauenfreundlicher Rekrutierung und männerfreundlichen Stilen [...]: Frauen erfahren gleichzeitig Förderung und strukturelle Behinderung“ (Geißel 1999: 151). Oder konkret: Frauen* erfahren Förderung durch die Quote und die Parteireform. Zugleich jedoch sehen sie sich konfrontiert mit der rhetorisch essentialisierenden ‚Abwertung‘ zu einer Genusgruppe, die sich einen „Kuschel-Peer“ statt eines kopfgesteuerten, rational agierenden Kanzlerkandidaten wünsche. Jene als ‚typisch weiblich‘ gedachte ‚Weichheit‘ schreibt sich in die politischen Strukturen schließlich dergestalt ein, dass beispielsweise Ressortvergaben geschlechtsspezifischen Mustern folgen: So gab es in Deutschland bisher weder eine Innen-, Außen-, Verteidigungs- noch eine Finanzministerin oder gar Bundespräsidentin,

wohingegen Fragen der Geschlechtergerechtigkeit sowie Familienpolitik meist an Frauen* übergeben werden – und nicht selten zugleich eine inhaltliche Abwertung erfahren.⁷ Und so befindet sich auch die ASF als „Frauenorganisation“ in einer double-bind-Situation. Einerseits soll sie als Frauenlobby innerhalb der Partei agieren und wird durchaus dafür kritisiert, dass sie es nicht schafft, junge Frauen* in die Partei zu bringen (vgl. Medick 2012b). Zugleich jedoch erfährt sie innerparteilich (und oftmals medial aufgegriffen) eine Abwertung, die sich folgendermaßen liest: „Habitus und Kultur der ASF, wo Doppelnamen und lila Halstücher dominieren und die Macht der Männer im Stil der 1970er-Jahre beklagt wird, sind Steinbrück gewiss fremd“ (Sturm 2012). Problematisch ist das in zweifacher Hinsicht: Der Habitus der ASF als ‚Frauenlobby‘ wird hier mit pejorativ besetzten Stereotypen (Doppelnamen, lila Halstücher und rückwärtsge wandt) beschrieben. Studien belegen, dass es sich bei Parteien um männlich geprägte Organisationsformen handelt (vgl. Hoecker 2008; Holtz-Bacha 2009; Kletzing 2009; Kürschner 2009), die – in Bourdieu übersetzt – einem männlichen Habitus näher sind als einem weiblichen. Das bedeutet auch, dass Frauen* stärkere Diskrepanzen aushalten müssen, insbesondere dann, wenn der als ‚typisch‘ weiblich gedachte Habitus nach wie vor eine Abwertung erfährt. Derartige implizite Mechanismen verwehren Frauen* schließlich den Zugang zu bestimmten Positionen. So wird die SPD seit ihrem Bestehen von Männern* geführt – gerne in Form der sozialdemokratischen Troika. Aber auch im Jugendverband der SPD, den Jusos,⁸ der sich selbst als u. a. feministischer Richtungsverband versteht, wird die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität deutlich: Unter den 16 Landesvorsitzenden findet sich keine einzige Frau (Filipczak 2012: 7). Entgegen den Forderungen der Parteireform gerät in der Problematik jedoch nicht der etablierte Habitus in den Blick der kritischen Betrachtung, sondern derjenige

7 Doch die geschlechtsspezifische Ausdifferenzierung von Themen findet nicht nur innerparteilich und bei Ressortbesetzungen statt, sondern zeigt sich auch in der (zielgruppenspezifischen) Wahlkampfkommunikation. So versuchte die SPD dem sog. ‚Frauenproblem‘ Steinbrücks zu begegnen, indem Steinbrück sich für die Quote in Aufsichtsräten starkmachte und im Bundestag die Rede gegen das Betreuungsgeld übernahm.

8 Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, kurz Jusos, sind der Jugendverband der SPD, in dem automatisch alle Parteimitglieder unter 35 Jahren Mitglied werden.

der ‚Anderen‘ – der Frauen*. Damit einhergehend werden Probleme, Themen und Politikinhalte, die in erster Linie Frauen* betreffen, nach wie vor in die ASF ausgelagert, die an dieser Stelle wie eine Art Bad Bank funktioniert – und sich dem Partei-Habitus, geschult an den (Auslagerungs-)Kämpfen und Verhandlungen zugleich, annähert. Diese Auslagerungsmechanismen können nicht nur auf andere Organisationen übertragen werden, sondern auch auf andere Ausschlüsse und Ungleichheitskategorien. Über derartige Themen- und Gleichstellungs-Band-Banks wie die ASF, aber auch die „Arbeitsgemeinschaft Schwule und Lesben in der SPD“ (Schwusos) oder „Selbst Aktiv – Netzwerk behinderter Menschen“ wird jedoch das habituelle Othering von Menschen, die nicht der Partei-Norm entsprechen, schließlich auch strukturell wieder fortgeschrieben. Doch Diversifikation funktioniert nur dann, wenn neben den Strukturen auch die – viel schwerer zugängliche – habituelle Ebene in Betracht gezogen wird. Sonst bleibt die innerparteiliche Förderung – mit den Worten Kristina Schröders gesprochen – reine Schaufensterpolitik. Die SPD liegt in ihrer Parteireform dementsprechend richtig, wenn sie problematisiert, dass es eine andere Parteikultur brauche, um Menschen zur Partizipation zu ermutigen.

4.2 „So viel Mitsprache wie nie zuvor“ – Das Mitgliederbegehren in der SPD

Diese andere Parteikultur soll der Reform zufolge durch offenere Strukturen ermöglicht werden. Doch eine tatsächliche Chance auf Beschlüsse Einfluss nehmen zu können, vorbei an den etablierten Hierarchien der Partei, die sich in Konferenzen und auf Parteitag immer wieder reproduzieren, lässt sich lediglich für das Instrument des Mitgliederbegehrens feststellen.

Das Werkzeug Mitgliederbegehren ermöglicht Mitgliedern unabhängig von ihrer Funktion oder Stellung innerhalb der Partei, bindende Beschlüsse für die Gliederung hervorzubringen, in der das Begehren gestartet wurde. Als Gliederung kommen grundsätzlich alle Ebenen der Partei in Frage, vom Ortsverein bis zum Bund. Von der Beschlussfassung durch ein Mitgliederbegehren ausgenommen sind Inhalte des Organisationsstatuts und der Finanzordnung (SPD 2011a). Jedes Mitglied kann grundsätzlich jederzeit ein Mitgliederbegehren anzeigen, es muss dafür lediglich einen Entscheidungsvorschlag einreichen, dem die anderen Mitglieder der Gliederung zustim-

men können.⁹ Das Mitgliederbegehren ermöglicht folglich jedem einzelnen Mitglied eine Veränderung und Korrektur von Beschlüssen. Gerade für innerparteiliche Differenzen und bei Entscheidungen, die aufgrund vorherrschender machtvoller Netzwerke getroffen wurden, bietet das Instrument hier ein Korrektiv – zumindest in der Theorie. Im Juli 2012 startete in der SPD das erste bundesweit durchgeführte Mitgliederbegehren seit der Parteitagsreform. Thema der Abstimmung war der im Dezember 2011 auf dem SPD-Parteitag gefasste Beschluss zur Vorratsdatenspeicherung. Alle knapp 500.000 Mitglieder der Partei waren aufgefordert, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Zuvor hatten sich bereits über 40 Gliederungen, von Ortsvereinen bis hin zu Landesverbänden, gegen die Vorratsdatenspeicherung und somit gegen den Beschluss ausgesprochen. Schätzungen zufolge lag damit die Zahl der potenziellen Unterstützer_innen bei etwa 200.000 Mitgliedern, was 40 Prozent der Partei entsprach, während das benötigte Quorum bei zehn Prozent lag (vgl. Doering 2012; Beuth 2012). Für die Aktion stand eine Onlineplattform zur Verfügung, welche bereits in der Vergangenheit inhaltlich unterstützende Beschlüsse gesammelt hatte. Weiterhin konnten die Initiator_innen erreichen, dass Unterschriften in Geschäftsstellen auf Sammelisten gebündelt werden konnten. Online konnten Sammel- und Einzelunterschriften-Vordrucke heruntergeladen werden und sollten so eine schnelle Verbreitung des Begehrens ermöglichen. Zusätzlich veröffentlichte die Parteizeitung der SPD, der vorwärts, das Mitgliederbegehren (vgl. Morhardt/Banaszczuk 2012). Die Organisation und Umsetzung des Mitgliederbegehrens oblag jedoch allein den Initiator_innen. Bis dato gibt es zum Vergleich lediglich Einzelfälle, Lerneffekte wurden noch nicht gebündelt erfasst und sind somit der Basis nicht zugänglich. So wurde beispielsweise die mit der Parteireform beschlossene Möglichkeit, eine Stimme zum Mitgliederbegehren auch online abzugeben, bis heute¹⁰ nicht umgesetzt. Das Mitgliederbegehren hat zudem noch einige andere Schwachstellen aufgedeckt.

⁹ Auch eine Begründung ist notwendig und muss bei der Anzeige mit eingereicht werden. Stimmen innerhalb von drei Monaten zehn Prozent der ordentlichen SPD-Mitglieder der jeweiligen Gliederungsebene zu, gilt das Begehren als zustande gekommen. Der entsprechende Gliederungsvorstand kann den Beschluss des Begehrens annehmen oder ablehnen, bei Letzterem folgt ein Mitgliederentscheid per Brief- und Urnenwahl (Morhardt/Banaszczuk 2012).

¹⁰ Stand Anfang Juni 2013.

So zeigte sich früh, dass zwei unabhängige Basismitglieder ohne dauerhafte und wiederholte Unterstützung der Parteiführung nicht in der Lage waren, das Thema alleine in die Partei zu tragen. Aufmerksamkeit in einer so großen Organisation zu erzielen, gestaltete sich als zeit- und kostenintensiv. So wurde den Initiator_innen auch als Feedback gemeldet, etwaige nächste Mitgliederbegehren nur noch mit Projektbudget und Mitarbeiter_innenteam aufzuziehen. Weiterhin hing der Erfolg des Begehrens zu großen Teilen von der Vernetzung innerhalb der Partei ab: Soziale (und informelle) Kontakte waren oft entscheidend, wenn es darum ging, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen (vgl. Voß 2012). Nach Swartz liegt diese strukturelle Entmachtung der Basis an der politischen Delegation in der Organisation Partei: „Durch die delegierte Repräsentation verlieren Individuen mit ihrer Stimme ihre politische Handlungsfähigkeit“ (Swartz 2012: 180). Die Entmündigung der Basis, welche mit Professionalisierung und Bürokratisierung der Partei weiter voranschreitet, ist somit eine den Parteien systemimmanente Folge der Bildung politischen Kapitals und der Delegation politischer Autorität (Swartz 2012: 180f). Voß fasst das Instrument des Mitgliederbegehrens folglich richtig zusammen, wenn er sagt, „[d]as Mitgliederbegehren als Beteiligungswerkzeug ist broke by design“ (Voß 2012).

Zusammengefasst lassen sich die Faktoren Zeit, Geld und Netzwerke als erfolgsentscheidend für die Bildung politischen Kapitals identifizieren. Mitglieder, denen aus verschiedenen Gründen der Zugang zu diesen Kapitalformen erschwert ist, also vorrangig Mitglieder aus sozial schwacher Herkunft sowie Migrant_innen, Frauen* und weiblich sozialisierte Menschen, sind folglich auch hier systematisch benachteiligt. Gerade das Instrument, welches bestehende Hierarchien aufbrechen sollte, deckt die tiefer liegenden und oftmals impliziten sozialen Funktionsmechanismen in der Partei auf, die eben zur Bildung der genannten Hierarchien führen. Vergleichbar mit der im Vorfeld von Personenwahlen zu leistenden Überzeugungsarbeit durch Mund-zu-Mund-Propaganda bis hin zu großen Kampagnen, haben auch hier wieder die Interessensgruppen innerhalb einer Partei die größten Aussichten auf Erfolg, die ihre Themen am besten verbreiten können, was wiederum zeit-, kosten- und netzwerkinintensiv erfolgt (vgl. Banaszczuk/Morhardt 2012). Die nötige breit gefächerte Unterstützung, um ein Instrument für alle gleichermaßen zugänglich zu machen, lässt sich nur durch eine hohe politische Beteiligung

erreichen, welche wiederum mit Geschlecht und Bildungsgrad korreliert (Swartz 2012: 170). Es liegt also ein Systemfehler vor, der sich in ungleichen Voraussetzungen für Zugang und Nutzung von Netzwerken offenbart: Indem die Partei diese Strukturen akzeptiert, legitimiert sie die daraus folgende Selektion von Mitgliedern, und dies führt zu den bereits diskutierten Mitgliederstrukturen. Nur in Verbindung mit institutionalisierten Maßnahmen eröffnen sich neue Wege, um Mechanismen der Homosozialität und Reproduktion von Ungleichheiten entgegenzuwirken.

5. Fazit: „Verbale Aufgeschlossenheit bei relativer Verhaltensstarre“ (Ulrich Beck)

Abschließend lässt sich zusammenfassen: Am Beispiel der SPD zeigt sich besonders eindrucksvoll das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch als Diversität lebende Volkspartei und der Realität als Ungleichheiten reproduzierende Männerpartei. Modernste Partei Europas zu werden, lautet seit 2011 das selbst auferlegte Ziel, doch die institutionellen Ansätze sind weder progressiv noch flächendeckend eingeführt, sodass sie keine nennenswerte Wirkung entfalten können. Hinzu kommt ein weiteres Problem: Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der Partei lassen sich leicht in Ergebnis und Prozess beobachten, doch die Diversität einer Partei endet lange nicht beim Geschlecht. Eine wirklich vielfältige Zusammensetzung bedeutet auch Diversität hinsichtlich sozialer und ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung und körperlicher Befähigung sowie die Zusammenarbeit von jungen und alten Mitgliedern sowohl hinsichtlich des biologischen als auch hinsichtlich des Partei-Alters. Doch vor allem die unsichtbaren, informellen Strukturen lassen sich nur schwer durch institutionelles Werkzeug aufbrechen.

Vor dieser Problematik steht die SPD keineswegs allein, vielmehr ist sie ein Beispiel für die Selektionsmechanismen, die im politischen Feld wirken. Parteien stehen heute vor neuen Herausforderungen: Sie müssen in einer sich strukturell und demografisch wandelnden Gesellschaft dafür Sorge tragen, die Bürger_innen Deutschlands nicht nur inhaltlich und normativ, sondern auch in der Besetzung ihrer Mitgliederstrukturen repräsentativ zu vertreten. Eine höhere Differenzierung in Herkunft, Alter und Geschlecht ist dabei unerlässlich. Erschwert wird dies jedoch durch die aufgezeigten Besonderheiten und Unterschiede im Habitus, die schließlich Netzwerkeffekte nach sich ziehen und im

Resultat zu Hierarchien führen, die bisher unterrepräsentierte Gruppen weiter ausschließen.

Die deutschen Parteien stehen grundsätzlich vor dem Problem der fehlenden Diversifizierung ihrer Strukturen und unterscheiden sich lediglich hinsichtlich der eingesetzten Instrumente, z. B. Quoten. Die informellen und nicht formal festgeschriebenen Mechanismen liegen jeder Parteikultur zugrunde, laufen dabei jedoch im Hintergrund und wie selbstverständlich ab. Um ebensolche Strukturen aufzubrechen, bedarf es festgeschriebener Instrumentarien. Werkzeuge zur Erhöhung von Beteiligung sowie Quoten und Quoren, die der Diversität zugutekommen sollen, werden dabei allerdings so lange scheitern, wie die gelebte parteiliche Kultur ihren eigenen Habitus zelebriert und sich durch eindeutige Rollenzuweisungen absichert: Frauen* kümmern sich um Familienpolitik, Migrant_innen um Integrationspolitik, während Männer* ohne Migrationshintergrund, die oftmals aus der Mittel- oder Oberschicht stammen, für sich statuärträglichere Ressorts beanspruchen. Ein solcher Widerspruch führt schließlich dazu, dass methodisch gute Instrumentarien wirkungslos bleiben, während es notwendig wäre, die eigene Parteikultur zu reflektieren und habituell erlernte Rollen zu überwinden. Maßnahmen bedienen ohne parallele kulturelle Veränderung also nur Symptome, ohne sich den Ursachen zu widmen. Um die Ursache anzugehen, muss ein Umdenken stattfinden, denn es braucht einen Veränderungsprozess, welcher die Parteikultur nachhaltig verändert. Instrumente wie verbesserte Mitgliederbeteiligung oder Quoten sind dabei akzeptable Mittel zum Zweck, stehen ohne das dazugehörige Fundament aus Umdenken und Rollenaufbrechen jedoch langfristig auf verlorenem Posten.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) (2008): *Frauen Macht Politik. 90 Jahre Frauenwahlrecht und 20 Jahre Quotenbeschluss der SPD*.
- Auer, K. (2010): Schwer umkämpft bis ins Ziel. *Süddeutsche Zeitung* vom 29.10.2010. Online: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/csu-beschliesst-frauenquote-schwer-umkaempft-bis-ins-ziel-1.1017943> [28.11.2012]
- Banaszczuk, Y./Morhardt, D. (2012): *Mehr Mitgliederbeteiligung wagen!* Online: <http://sozis-gegen-vds.de/files/2012/10/2012-10-23-mehr-mitgliederbeteiligung-wagen.pdf> [28.11.2012]
- Beuth, P. (2012): *SPD-Basis startet Mitgliederbegehren gegen Vorratsdatenspeicherung*. Online: <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2012-07/spd-vorratsdaten-mitglieder-begehren> [27.03.2013]
- Bieber, C. (2012): Die Unwahrscheinlichkeit der Piratenpartei. In: Bieber, C./Leggewie, C. (Hg.): *Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*. Bielefeld: transcript Verlag, 9-24.
- Bourdieu, P. (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hg.): *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2*. Göttingen: Schwartz, 183-198.
- Bourdieu, P. (1998): *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (2001): *Das Politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, P. (2002): *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bruns, T. (2010): Unsere ermattete Demokratie. *Der Tagesspiegel* vom 17.10.2010. Online: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/krise-der-parteien-unsere-ermattete-demokratie/1959238.html> [28.11.2012]
- Bundesregierung (2011): *Erster Gleichstellungsbericht – Neue Wege – Gleiche Chancen – Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf*. Online: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=174358.html> [28.11.2012]
- Bündnis 90/Die Grünen (1986): *Frauenstatut*. Online: <http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/43/43470.sat-zungfrauenstatut.pdf> [28.11.2012]
- Bündnis 90/Die Grünen (2012): *Urwahl*. Online: <http://www.gruene.de/partei/urwahl.html> [28.11.2012]
- Cantow, M./Zicht, W. (2012): *Wahlergebnisse*. Online: <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/index.htm> [28.11.2012]
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) (2008): *Das Frauenquorum der CDU*. Online: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/071022-broschuere-frauen-quorum.pdf> [28.11.2012]
- Deutscher Bundestag (2011): *Abgeordnete in Zahlen: Berufe*. Online: http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/Berufe.html [28.11.2012]
- Dausend, P. (2013): Wie konnte das passieren? *Die Zeit* vom 28.02.2013. Online: <http://www.zeit.de/2013/10/Steinbrueck-Kanzlerkandidat-Fehler> [28.03.2013]
- Doering, K. (2012): *Abstimmung über Vorratsdatenspeicherung*. Online: http://www.spd.de/aktuelles/74458/20120724_spd_mitgliederbegehren_zu_vorratsdatenspeicherung.html;jsessionid=DAE7E7151DB08CD1FF83230B80B85D2A [27.03.2013]
- Filipcak, J. E. (2012): *Junge Frauen in der Politik – Was läuft schief? msg Verbandszeitschrift der Hessischen Jusos*, 3/2012. Online: <http://jusos-hessensued.de/uploads/media/12-12-msg3-final.pdf> [28.11.2012]
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2012): *Göring-Eckardt und Trittin bilden Spitzenduo*. Online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruenen-urwahl-goering-eckardt-und-trittin-bilden-spitzenduo-11956526.html> [28.11.2012]

- Freie Demokratische Partei (FDP) (2011): *Weg frei für Mitgliederentscheid*. Online: <http://www.fdp.de/Weg-freier-Mitgliederentscheid/1804c131721p397/index.html> [28.11.2012]
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2009): *Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten*. Online: http://www.fes.de/aktuell/documents2008/Zusammenfassung_Studie_GPI.pdf [29.03.2013]
- Gall, I. (2012): SPD will virtuelle Ortsverbände gründen. *Die Welt* vom 04.06.2012. Online: <http://www.welt.de/regional/hamburg/article106414470/SPD-will-virtuelle-Ortsverbaende-gruenden.html> [28.11.2012]
- Geißel, B. (1999): *Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf lokaler Ebene*. Opladen: Leske + Budrich.
- Geißler, R. (2008): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*. Wiesbaden: GWV Fachverlage.
- Hartmann, M. (2002): *Der Mythos von den Leistungseliten: Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Hitzler, R. (1994): Die banale Seite der Macht. Politik als Beruf heute – und morgen. In: Berking, H./Hitzler, R./Neckel, S. (Hg.): *Politikertypen in Europa*. Frankfurt/M.: Fischer, 280-295.
- Hoecker, B. (2008): 50 Jahre Frauen in der Politik: späte Erfolge aber nicht am Ziel. *APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte*, 24-25/2008, 10-18.
- Holtz-Bacha, C. (2009): Politikerinnen-Bilder im internationalen Vergleich. *APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50/2009, 3-8.
- Innreiter-Moser, C./Schnugg, C. (2012): Netzwerken als Strategie zur beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern. *Momentum Quarterly*, 1 (3), 165-183.
- Kletzing, U. (2009): Engagiert vor Ort: Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. *APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50/2009, 22-28.
- Knill, C. (2000): *Policy Netzwerke. Analytisches Konzept und Erscheinungsform moderner Politiksteuerung* in: Weyer, J. (Hg.): *Soziale Netzwerke*, 111-133. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Kürschner, I. (2009): Frauen in den Parteien. *APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50/2009, 16-21.
- Lohaus, S. (2012): *Die neue Gender Order – Workshop Beitrag der Politik zur Subversion*. Online: <http://gendermatterstagung.blogspot.de/2012/03/die-neue-gender-order-workshop-beitrag.html#more> [28.11.2012]
- Lösche, P. (2006a): *Annäherung an einen komplexen Begriff*. Online: <http://www.bpb.de/izpb/8609/annaeherung-an-einen-komplexen-begriff?p=all> [28.11.2012]
- Lösche, P. (2006b): *Streitobjekt innerparteiliche Demokratie*. Online: <http://www.bpb.de/izpb/8637/streitobjekt-innerparteiliche-demokratie> [28.11.2012]
- Luhmann, N. (2000): *Die Politik der Gesellschaft*. Herausgegeben von André Kieserling, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mader, F. (2012): *Kant hätte die Piraten gewählt*. Online: <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/544780/Kant-haette-die-Piraten-gewaehlt> [29.03.2013]
- Matiaske, W. (1999): *Soziales Kapital in Organisationen: Eine tauschtheoretische Studie*. München: Rainer Hampp Verlag.
- Medick, V. (2012a): Steinbrücks Frauenfrage. *Spiegel Online* vom 29.10.2012. Online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/peer-steinbruecks-problem-mit-waehlerinnen-a-864031.html> [28.11.2012]
- Medick, V. (2012b): Gabriel sorgt für Eklat bei Frauenkongress. *Spiegel Online* vom 21.05.2012. Online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sigmar-gabriel-irritiert-spd-frauen-a-834212.html> [28.11.2012]
- Meuser, M. (2006): *Geschlecht und Arbeitswelt. Doing Gender in Organisationen*. Online: http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=570&Jump1=RECHT_S&Jump2=5 [28.11.2012]
- Morhardt, D./Banaszczuk, Y. (2012): *Fragen und Antworten*. in: Sozis gegen VDS. Online: <http://sozis-gegen-vds.de/faq> [27.03.2013]
- Nahles, A. (2010): *Interview mit Andrea Nahles*. Online: <http://maedchenmannschaft.net/interview-mit-andrea-nahles/> [28.11.2012]
- Ortgies, L. (2010): Enormes Lebensrisiko. *taz* vom 17.11.2010. Online: <http://www.taz.de/!61420/> [28.11.2012]
- Piraten Partei (2012): *BE: Selbstverpflichtung AVB*. „Piratinen in den Bundestag“ Online: http://wiki.piratenpartei.de/BE:Selbstverpflichtung_AVB [28.11.2012]
- Prantl, H. (2012): *Feind der Piraten ist der Alltag*. Online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-in-deutschland-feind-der-piraten-ist-der-alltag-1.1344119> [29.03.2013]
- Rousseau, J.-J. (2002): *Emile oder Über die Erziehung*. In: Doyé, S. (Hg.): *Philosophische Geschlechtertheorien. Ausgewählte Texte von der Antike bis zur Gegenwart*. Stuttgart: Reclam, 165-190.
- Schwinn, T. (2007): *Soziale Ungleichheit*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Seils, C. (2011): Wie sich unsere Demokratie retten ließe. *Die Zeit* vom 08.02.2011. Online: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-02/ende-volksparteien-seils> [28.11.2012]
- Siri, J. (2012): *Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (2007): *Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Online: http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf [28.11.2012]
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (2011a): *Organisationsstatut*. Online: www.spd.de/linkableblob/1852/data/Organisationsstatut.pdf [28.11.2012]
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (2011b): *Die modernste Partei Europas werden*. Online: http://www.spd.de/aktuelles/Parteitag_2011/19532/thema_

- parteireform.html;jsessionid=D3BBC8Do8BE9DE7751A8AC7B6C8FC7B8 [28.11.2012]
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (2011c): *Partei in Bewegung – Organisationspolitisches Grundsatzzprogramm der SPD – Demokratie im Wandel*. Online: http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/21586/20111204_leitantrag_organisationspolitik.html;jsessionid=B31733A10C7F9F07FA91107B4EE7BBF9 [28.11.2012]
- Spivak, G. C. (1985): The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives. *History and Theory*, 24, 247-272.
- Spivak, G. C. (1996): Subaltern studies. Deconstructing historiography. In: Landry, D./MacLean, G. (Hg.): *The Spivak reader*. London: Routledge, 203-236.
- Spreng, M. (2012): *Sie ist überflüssig*. Online: <http://www.berliner-kurier.de/sprengstoff/quotenfrau-schroeder--sie-ist-ueberfluessig-im-kabinett,15222746,16152948.html> [28.11.2012]
- Statistisches Bundesamt (2012): *Statistisches Jahrbuch: Deutschland und Internationales*. Online: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/Jahrbuch_Text2012.html [28.11.2012]
- Strobel, M. (2011): *Ausgebremst: Der „Virtuelle Ortsverein der SPD – VOV“*. Online: http://www.vorwaerts.de/artikel_archiv/28712/ausgebremst-der-ae-virtuelle-ortsverein-der-spd-ae-vov-ae.html;jsessionid=1177952755D66A122825413A758B8497 [28.11.2012]
- Steinbrück, P. (2012): *Können Sie als Pleiten-Peer Kanzler werden, Herr Steinbrück?* Online: <http://www.bild.de/politik/inland/peer-steinbrueck/koennen-sie-als-pleiten-peer-kanzler-werden-teil-eins-27352738.bild.html> [28.11.2012]
- Sturm, D. F. (2012): Peer Steinbrück ist bei den Frauen durchaus populär. *Die Welt* vom 04.11.2012. Online: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article110593510/Peer-Steinbrueck-ist-bei-Frauen-durchaus-populaer.html> [28.11.2012]
- Tagesschau (2012): *Wahlarchiv der Tagesschau*. Online: wahlarchiv.tagesschau.de [28.11.2012]
- Swartz, D. L. (2012): Grundzüge einer Feldanalyse der Politik nach Bourdieu. In: Bernhard, S., Schmidt-Wellenburg, C. (Hg.): *Feldanalyse als Forschungsprogramm 2*. Wiesbaden: VS Verlag, 163-194.
- Täube, V. (2002): *Zur Messung des Sozialkapitals von Akteuren mit Einfluß in empirischen Netzwerken*. Bern: Peter Lang Verlag der Wissenschaften.
- taz (2011): *Urdemokratisch basisdemokratisch*. Online: <http://www.taz.de/!79350/> [28.11.2012]
- Villa, P.-I. (2006): *Sexy Bodies. Eine soziologische Reise durch den Geschlechtskörper*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Villa, P.-I./Siri, J. (2012): Piratinnen – Fehlanzeige Gender? In: Bieber, C./Leggewie, C. (Hg.): *Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*. Bielefeld: transcript Verlag, 145-171.
- Voß, S. (2012): *Zum Ende des Mitgliederbegehrens gegen die Vorratsdatenspeicherung*. Online: <http://rotstehtungs.de/2012/10/18/zum-ende-des-mitgliederbegehrens-gegen-die-vorratsdatenspeicherung/> [27.03.2013]
- Willy-Brandt-Haus (2012): *Keine Parteiburg, sondern ein offenes Haus*. Online: <http://www.willy-brandt-haus.de/cms/ziel/111964/DE/> [28.11.2012]